

Klimafolgen-Aufwand

Wetter (Ruhr) 2015

Inhalt

1	Zusammenfassung	3
2	Ist-Aufnahme der Aufwände und Aktivitäten	4
2.1	Aufwände Wetter (Ruhr)	4
2.2	Ausgewählte Aktivitäten in NRW	5
2.2.1	Klimaschutzplan des Landes NRW	5
2.2.2	Kommunen wetterfest machen	6
2.3	Ausgewählte Aktivitäten auf Bundesebene	6
2.3.1	Deutscher Wetterdienst (DWD)	6
2.3.2	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)	6
2.3.3	Versicherungswirtschaft	6
2.3.4	Aktivitäten des Gesetzgebers	8
2.4	Informationen zum Schadenumfeld	8
3	Auswertung und Bewertung	9
4	Anregungen	11
4.1	Teilkonzept Klimaanpassung angehen	11
4.2	Mindest-Aufwände erheben und kommunizieren	11

Der vorliegende Bericht ist inhaltlich wie folgt strukturiert:

Kapitel 1: Einseitige Zusammenfassung

Kapitel 2: Zusammenfassung der Ist-Aufnahme (wird in der Anlage detaillierter dargestellt)

Kapitel 3: Auswertung und Bewertung der in Kapitel 2 vorgestellten Ist-Aufnahme

Kapitel 4: Aus Kapitel 3 abgeleitete Anregungen zur Verbesserung des Ist-Zustandes

Anlagen:

- Details zur Ist-Aufnahme
- Broschüre des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe aus 01.2016
Klimawandel – Herausforderungen für den Bevölkerungsschutz

1 Zusammenfassung

Der Klimafolgen-Aufwands-Bericht (KFA) zeigt die Aufwände im Stadtgebiet Wetter (Ruhr),

- die zur Schadensbehebung extremer Wetterereignisse und
- die durch Anpassungsmaßnahmen an die Klimaerwärmung und
- die durch Flüchtlinge aufgrund extremer Wetterereignisse in 2015 mindestens entstanden sind.

Dabei handelt es sich um die nachweisbaren Aufwände. Die tatsächlichen Aufwände bleiben eine Dunkelziffer, weil deren Erhebung zu aufwändig wäre. Da selbst die ermittelbaren Mindest-Aufwände der Klimaerwärmung von keiner Institution ermittelt werden, setzt die Lokale Agenda 21 Wetter ihre Berichtsreihe mit dem vorliegenden 3. KFA-Bericht fort. Ziel des Berichtes ist es, das Bewusstsein für die Entwicklung und die Höhe des Klimafolgen-Aufwandes zu schärfen. Wir hoffen, damit einen Beitrag zum Klimaschutz durch bewussteren Umgang mit Energie zu leisten.

Der ehrenamtliche Aufwand der Feuerwehr lag bei 517 Stunden. Damit lag er bei knapp der Hälfte des Großschadenereignisses von 2013. Extrem in 2015 war der Sturm Niklas mit 372 Std.

Erstmalig wird der Aufwand der Stadt Wetter, der durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstanden ist, aufgenommen. Hintergrund dazu: Die Dürre in Syrien von 2006 bis 2010 führte zu einer massiven Landflucht von Bauern, Viehzüchtern und deren Familien. Dies beförderte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und letztlich damit auch den Bürgerkrieg und den IS. Dieser führte dann letztendlich zu der Flüchtlingswelle. Die geplanten Aufwände in Wetter lagen bei 4,9 Mio. €. Da es keine offiziellen Einschätzungen der Fluchtursachen gibt, bleibt die symbolische Berücksichtigung mit 1.000 € als einzige Maßnahme, um auf den Zusammenhang von „beispielsweise in den Urlaub fliegen und CO2 produzieren“ → „Klimaerwärmung befördern“ → „Dürren nehmen weltweit zu“ → „Flüchtlingsstrom nach Europa“ aufmerksam zu machen.

Insgesamt lagen die Mindest-Aufwände in Wetter für 2015 bei 197.000 € und 517 Arbeitsstunden.

Auf Bundesebene gibt es folgende positive Entwicklungen:

- Der Deutsche Wetterdienst (DWD) will zukünftig Starkregenereignisse besser statistisch erfassen. Dabei werden neben den Bodenstationen auch Satellitenbilder mit Regengebieten ausgewertet. Damit wird eine im KFA 2014 angeregte Maßnahme umgesetzt.
- Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) regt für Feuerwehr, THW und Hilfsdienste an, ihre vorhandenen Daten über Einsätze zu Extremwetterereignissen vor Ort, aufzubereiten und als Statistik zur Verfügung zu stellen. Also das, was in Wetter seit 2013 bereits geschieht. Damit wird auch eine im KFA 2014 angeregte Maßnahme auf den institutionellen Weg gebracht.
- Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GdV) erfasst die jährlichen Schadenaufwände durch Sturm, Hagel und Elementarereignisse in der Sachversicherung sowie Schäden durch Sturm, Hagel und Blitz in der Autokasko systematisch und veröffentlicht diese.

Leider fordern DWD, BBK und GdV den Gesetzgeber noch nicht auf, seine Klimaschutzziele aufgrund der bereits heute nachweisbaren Klimafolgen-Aufwände zu prüfen. Dazu passend auch die katastrophale Entwicklung beim Gesetzgeber selber. Der Zubau erneuerbarer Energien wird durch Novellierungen des erneuerbaren Energien-Gesetzes (EEG) zurück gefahren. Die Klimaerwärmung schreitet dadurch fast ungebremst voran und die in diesem Bericht dargestellten Aufwände steigen. Damit ändert sich kaum etwas zum letztjährigen Fazit und der sich daraus ergebenden Konsequenz.

Fazit: Politik und Teile der Wirtschaft argumentieren, dass die Energiewende nicht zu teuer werden darf. Dabei blenden sie die bereits real vorhandenen Aufwände aufgrund der Klimaerwärmung aus. Mit dieser einseitigen Sichtweise kommen die Politiker ihrer Verpflichtung, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, nicht nach.

Konsequenz: Wir in Wetter machen weiter: Wir machen die für uns zuständigen Parlamentarier auf die fehlende Ist-Aufnahme der Klimafolgen-Aufwände aufmerksam. Damit verbunden sollte die Evaluierung der Klimaschutzziele der Bundesregierung sein. Sind diese Ziele noch angemessen? Oder müsste das Ziel nicht eher lauten: Wir stellen so schnell wie möglich auf 100% erneuerbare Energien um – egal zu welchen Kosten – denn alles andere ist heute bereits viel teurer.

Lokale Agenda 21 Wetter (Ruhr) e.V., www.agenda21-wetter.de, verein@agenda21-wetter.de

Dieter Röllke und Rolf Weber

In konstruktiver Zusammenarbeit mit der Stadt Wetter (Ruhr), dem Stadtbetrieb Wetter (Ruhr), Feuerwehr, DWD, ...

2 Ist-Aufnahme der Aufwände und Aktivitäten

2.1 Aufwände Wetter (Ruhr)

Aufwandsart	€ in Tsd. (gerundet)			Std.		
	2015	2014	2013	2015	2014	2013
I. Schäden aufgrund extremer Wetterereignisse						
Stadt Wetter (Ruhr) mit Stadtbetrieb Wetter AöR	0	0	122			
Ehrenamtlicher Aufwand Feuerwehr in Wetter				517	404	1.197
Ehrenamtlicher Aufwand THW, DLRG + DRK				0	0	375
Aufwand Polizei				o. A.	o. A.	o. A.
Bei den Bewohnern angefallene Schäden	186	150	956	0	15	-
II. Klimafolgen-Anpassung (vorbeugende Maßnahmen)						
Stadt Wetter mit Stadtbetrieb Wetter (Ruhr), Hälfte der Eigenleistung für Hochwasserschutz:	10	14	-			
Hausbesitzer	o. A.	310	-			
Ennepe-Ruhr-Kreis	0	0	-			
III. Aufwände der Klimamigration (Flüchtlinge aufgrund extremer Wetterereignisse in ihrer Heimat)						
Symbolischer Aufwand	1	-	-			
Gesamt:	197	474	1.078	517	419	1.572

o. A. = ohne Angaben

- = Angaben wurden in dem Jahr noch nicht erhoben

Das extremste Wetterereignis in Wetter in 2015 war am 31.03./01.04. der Sturm Niklas. Dazu der Einsatzbericht der Feuerwehr: „Die ehrenamtlichen Kräfte hatten zwischen 6:30 Uhr und 23:00 Uhr insgesamt 16 Einsätze zu bewältigen. Neben zwei Brandmeldealarmen in Industriebetrieben mussten vornehmlich lose Dachziegel und umgestürzte Bäume beseitigt werden. In den Straßen „An der Kirche, der Weststraße und in der Heilkenstraße“ stürzten sehr große Bäume auf Wohnhäuser und beschädigten diese beträchtlich. Die Feuerwehr forderte bei diesen Einsätzen jeweils Fachkräfte von Bauamt und THW an, um die Standsicherheit der Gebäude beurteilen zu lassen. Die betreffenden Straßen blieben über mehrere Stunden gesperrt, diverse Buslinien mussten daher umgeleitet werden. Trotz der teilweise großen Schäden gab es glücklicherweise bei allen Einsätzen keine Verletzten.“

Bedanken möchte sich die Freiwillige Feuerwehr bei Nachbarn und Anwohnern. Sie verpflegten die Einsatzkräfte ganz hervorragend mit warmen und kalten Getränken.“

Insgesamt waren in 2015 die KFZ der Feuerwehr 134,8 Std. im Einsatz. Es gab 12 Einsatztage mit einer Beteiligung von 343 Personen.

In diesem Jahr erstmalig dabei sind die Aufwände, die der Stadt Wetter durch die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen entstanden sind. Die geplanten Aufwände für Flüchtlinge lagen in Wetter bei 4,9 Mio. €, dabei wurden ca. 3 Mio. € vom Land getragen.



Nahezu ausgetrocknetes Flussbett des Chabur im Nordosten Syriens (Oktober 2009)

Bild: Von Bertramz - Eigenes Werk, CC BY 3.0,

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=8278722>

Syrien erlitt zwischen 2006 und 2010 eine schwere Dürre. Sie führte in Teilen des Landes wiederholt zu Missernten und dezimierten den Viehbestand. Laut UN verloren geschätzte 1,5 Millionen Bauern und Viehzüchter ihren Lebensunterhalt.

Wie in der Anlage detailliert dargestellt, gilt diese extreme Dürre in Syrien als einer der Auslöser des dort herrschenden Krieges. Eine anteilmäßige Zuordnung ist nicht möglich. Die Bundesregierung hat, entgegen anderslautenden Meinungen zu Beginn der Flüchtlingskrise, keine Ursachen zur Flüchtlingskrise veröffentlicht. Von daher wird ein symbolischer Aufwand in Höhe von 1.000 € zugrunde gelegt.

2.2 Ausgewählte Aktivitäten in NRW

2.2.1 Klimaschutzplan des Landes NRW

Der Klimaschutzplan wurde am 17.12.2015 vom NRW-Landtag beschlossen. Unter anderem ist folgende Maßnahme enthalten:

- LR-KA16-M59 (ID 22)
Fachinformationssystem Klimaanpassung NRW
Problemstellung: Landesweit fehlen Daten- und Informationsgrundlagen zur Einschätzung der Folgen des Klimawandels, um darauf aufbauend Konzepte und Maßnahmen im Umgang mit dem Klimawandel entwickeln zu können.

Welche Kosten die Erarbeitung des Klimaschutzplans verursacht hat, wird nicht ausgewiesen.

2.2.2 Kommunen wetterfest machen

Die Landesregierung will in Kürze ein Konzept Starkregen vorlegen. Dies wurde im Rahmen der Veranstaltung „Stadt im Klimawandel – Vor uns die Sintflut? Herausforderung Starkregen – Vorsorge, Anpassung, Management“ am 07.04.2016 von Umweltministerium und Bauministerium in Münster angekündigt. Die Stadt in Westfalen war 2014 von einem der stärksten Niederschlagsereignisse seit Beginn der Wetteraufzeichnungen betroffen. Innerhalb von sieben Stunden gingen 292 Liter Regen pro Quadratmeter nieder.

2.3 Ausgewählte Aktivitäten auf Bundesebene

2.3.1 Deutscher Wetterdienst (DWD)

Erkenntnisse aus verschiedenen Veröffentlichungen des DWD:

- Der Klimawandel ist real: Hitzeperioden und Wetterkapriolen nehmen zu. Bauliche und infrastrukturelle Veränderungen sind vielerorts notwendig, um Überflutungen in urbanen Räumen besser in den Griff zu bekommen und Schäden abzuwenden.
- Häufig entlädt sich die aufgestaute Energie über gewaltige Gewitter, gefolgt von sintflutartigen Regenfällen. Das wird insbesondere für urbane Räume zu einem großen Problem.
- Seit dem Jahr 2000 lässt sich ein stetiger Anstieg der Starkregenhäufigkeit feststellen.

Der DWD hat ein neues Verfahren zur Ermittlung der Starkregenereignisse entwickelt. Dabei werden neben den Bodenstationen auch Satellitenbilder mit Regengebieten ausgewertet. Aufgrund dieser Informationen lassen sich Starkregenereignisse besser nachvollziehen.

2.3.2 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

In der Broschüre „Klimawandel – Herausforderung für den Bevölkerungsschutz“ werden im IV. Kapitel konkrete Maßnahmenvorschläge vorgestellt. Beispiele:

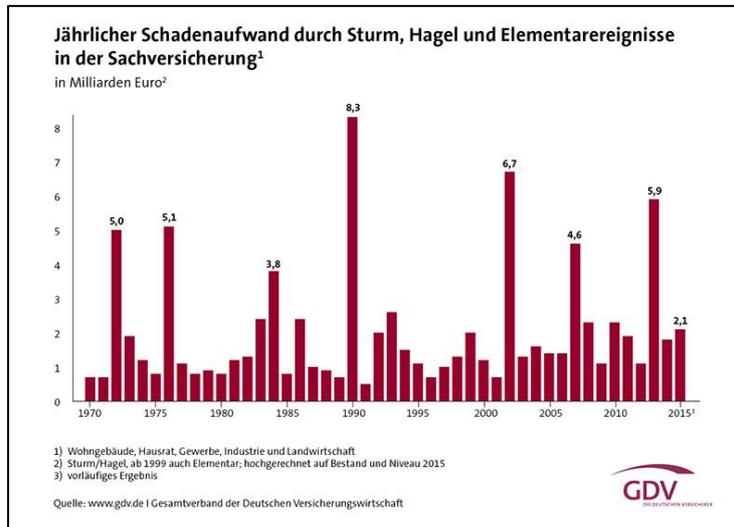
- Vorhandene Daten auf Nutzbarkeit für ein Monitoring überprüfen
- Einsatzstatistiken ggf. anpassen oder harmonisieren (zur Nutzung im Monitoring)
- Hitzeangepasste Arbeitsumgebung schaffen
- Sicherstellung der Einsatzfähigkeit bei Infrastrukturausfall

Des Weiteren wird auf Seite 41 in einer nicht repräsentativen Abbildung ausgewiesen, dass sich die Einsatzentwicklung in den Bereichen Blitzeis, Hagel, Schneesturm, Wald-/Flächenbrand, Hitzeperiode, Tornado, und Küstensturmflut leicht erhöht hat. Bei Sturm/Orkan und Hochwasser wird eine große Steigerung ausgewiesen.

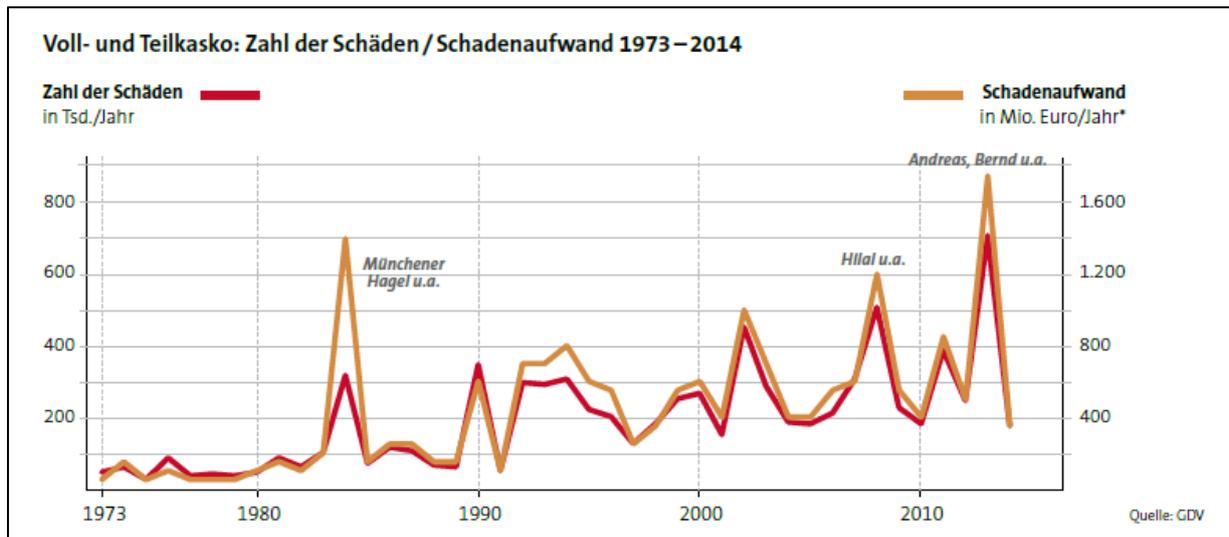
Welche Kosten die Erstellung der Broschüre verursacht hat wird nicht ausgewiesen.

2.3.3 Versicherungswirtschaft

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GdV) will in Sachen Klimaschutz aufklären. Seit 2012 wird ein jährlicher Naturgefahrenreport für Deutschland erarbeitet und veröffentlicht. Darin werden zum ersten Mal systematisch die Entwicklung der Sturm-, Hagel- und weiterer Elementarschäden, wie Hochwasser, Starkregen und Erdbeben, statistisch dargestellt.



Schadensentwicklung in der Autokasko aufgrund Sturm, Hagel, Blitz:



Wenn beide Statistiken addiert werden, liegt erstmals eine Schadenentwicklung über alle aufgrund von extremen Wetterereignissen entstandenen und versicherten Schäden vor.

In 2014 wurde dies weiter entwickelt: „Wir brauchen eine bundesweite Informationskampagne und ein bundesweites Naturgefahrenportal. Damit kann sich jeder über sein individuelles Risiko informieren“, fordert Alexander Ermland (Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)). Dafür bietet die Versicherungswirtschaft der Bundesregierung ausdrücklich ihre Zusammenarbeit an.

Ein Kompass für die Naturgefahren ist mittlerweile unter <http://www.kompass-naturgefahren.de> realisiert. Daten zu NRW sind dort noch nicht hinterlegt. Der Kompass Naturgefahren soll Risikobewusstsein schaffen und die Eigenvorsorge fördern. Anhand einer objektbezogenen

Lokale Agenda 21 Wetter (Ruhr) e.V., www.agenda21-wetter.de, verein@agenda21-wetter.de

Dieter Röllke und Rolf Weber

In konstruktiver Zusammenarbeit mit der Stadt Wetter (Ruhr), dem Stadtbetrieb Wetter (Ruhr), Feuerwehr, DWD, ...

Gefährdungsanalyse können Interessierte prüfen, ob ein bestimmtes Gebäude durch Naturgefahren betroffen sein könnte. Zudem bietet die Versicherungswirtschaft an, das mit dem Kompass Naturgefahren gesammelte Know-how in die Entwicklung eines bundesweiten Naturgefahrenportals einzubringen.

Gemeinsam mit dem DWD wird aktuell an einer Starkregenkarte für Deutschland gearbeitet.

Für den Verbraucher bedeutet die Entwicklung des Klimas, dass unter Bezug auf Stürme, Starkregen und Tornados die Beiträge für die Sach- und Autokaskoversicherungen tendenziell erhöht werden, wie es einem der Verfasser dieses KFA bereits geschehen ist. Mehr dazu siehe Detail-KFA 2015.

2.3.4 Aktivitäten des Gesetzgebers

In Folge der EEG-Novelle 2014 ist der Zubau im Solarbereich unter das von der Regierung selbst angestrebte Ziel gesunken. Das neue Ausschreibungsverfahren, das dafür im Wesentlichen verantwortlich war, soll im Rahmen der anstehenden Novellierung des EEG auch auf den Windbereich ausgedehnt werden. Eine Regelung zum Verkauf des Solarstroms in der Region, in der er erzeugt wird, ist bei diesen Beratungen nicht vorgesehen.

Die Reduzierung des Zubaus der erneuerbaren Energien erfolgt ohne Berücksichtigung der bereits eingetretenen Änderungen des Klimas. Dazu verschafft sich die Bundesregierung weiterhin keinen Überblick.

Von den sechs für Wetter und Umfeld zuständigen Parlamentariern des Landes NRW, des Bundes und des Europaparlamentes hat ein Abgeordneter eine Stellungnahme auf den Klimafolgen-Aufwandsbericht der Stadt Wetter (Ruhr) des Jahres 2014 verfasst. In dieser Stellungnahme gab es keine Bezüge zu den aktuell bereits auftretenden Kosten der Klimaveränderung.

2.4 Informationen zum Schadenumfeld

Im letzten Jahr gab es in der lokalen Presse 22 Artikel über die Folgen extremer Wetterereignisse in der Region.

Rekorde und extreme Situationen gab es Deutschlandweit 2015 reichlich. Rund 30.000 Mal warnte der DWD vor gefährlichen Wetterlagen. «Das Jahr 2015 war aus meteorologischer Sicht durchaus ein außergewöhnliches Jahr, wie auch schon 2014 und 2013», sagte Lux vom DWD.

Die Liste der Schäden, die durch Trockenheit und Tornados, Hitze und Hagel, Schneeglätte und Starkregen entstanden sind, sei 2015 aber noch einmal deutlich länger ausgefallen als im Vorjahr. Dabei kam es zu vielen schweren Unfällen, bei denen etliche Menschen starben. Einige gravierende Ereignisse siehe in den Details.

Die Graphen in der Anlage zeigen mit den Themen Landwirtschaft und zunehmende Verbreitungsgebiete von Krankheiten weitere Auswirkungen der Klimaveränderung. Deren Kosten können aktuell aufgrund fehlenden Datenmaterials für Wetter nicht ermittelt werden. Eine Anfrage der Verfasser zu den Aufwänden bei der Landwirtschaftskammer NRW blieb ohne Antwort.

3 Auswertung und Bewertung

Erstmalig kann die Entwicklung von drei aufeinanderfolgenden Jahren betrachtet werden. Der Arbeitsaufwand zur Beseitigung der Schäden war in 2013 am höchsten, nach einem Abfall auf ca. ¼ der 2013-Arbeitsstunden in 2014 ist dieser für 2015 wieder auf ca. 1/3 der 2013-Arbeitsstunden gestiegen. Wesentlicher Grund für die Steigerung war auch wieder ein Extrem-Ereignis, der Sturm Niklas Ende März/Anfang April.

Der monetäre Aufwand ist von 1.078 Tsd. € in 2013 über 474 Tsd. € in 2014 auf 197 Tsd. € kontinuierlich gesunken. Als wesentlichen Grund sehen wir, dass die Datenerhebung der vorbeugenden Maßnahmen bei den Bewohnern sich als schwierig erwiesen hat, zumal die örtliche Presse uns dabei nicht unterstützt hat. Es sei darauf hingewiesen, dass es sich immer um Mindestaufwände handelt. Es ist uns bewusst, dass der wirkliche Aufwand höher ist. Beispiel: Wie in diesem KFA dokumentiert, werden aufgrund der Extremwetterlagen und den damit verbundenen Schäden die Versicherungsbeiträge bereits erhöht. Diese sind letztendlich wieder von Bewohnern zu tragen.

An dieser Stelle vielen Dank an die Mitarbeiter der Stadt Wetter und das Versicherungsbüro Heyermann für die Bereitstellung der Aufwände sowie an die Dachdecker für ihre Bereitschaft, ihre Aufträge nach Dachschäden aufgrund extremer Wetterereignisse zu prüfen und uns die Gesamtsummen mitzuteilen.

Im letzten Jahr nicht berücksichtigt, ab diesem Jahr mit dabei: die Aufwände für Flüchtlinge. Auch hier ist es schwierig, eine nachvollziehbare Höhe der Aufwände zu ermitteln. Grund: Es gibt keine offizielle Einschätzung der Fluchtursachen. Klar ist, dass die Dürre in Syrien von 2006 bis 2010 zu einer massiven Landflucht von Bauern, Viehzüchtern und deren Familien geführt hat. Dass diese Menschen wieder eine vernünftige Perspektive für sich haben wollten und wollen ist menschlich sehr gut nachvollziehbar. Diese Perspektive wurde vom Baath-Regime in Damaskus nicht geboten. Als Ergebnis führte dies bei einigen Menschen dazu, sich zu radikalisieren, was letztlich zur Entstehung des Bürgerkrieges und des IS beigetragen hat. Der 30jährige Farmer Mustafa Abdul Hamid aus Azaz äußerte sich gegenüber dem Journalisten John Wendle so: "Der Krieg und die Dürre, das ist dasselbe." Das sagt einiges über die Ursache der Flüchtlingswelle aus Syrien aus. In Anbetracht eines geplanten Aufwandes in Höhe von 4,9 Mio. € in Wetter in 2015 sind die angesetzten 1.000 € als symbolisch Aufwand eher als zu gering einzuschätzen. Da es aber keine offiziellen Einschätzungen der Fluchtursachen gibt, bleibt die symbolische Berücksichtigung als einzige Maßnahme, um auf den Zusammenhang von „beispielsweise in den Urlaub fliegen und CO2 produzieren“ → „Klimaerwärmung befördern“ → „Dürren nehmen weltweit zu“ → „Flüchtlingsstrom nach Europa“ aufmerksam zu machen.

Das Land NRW hat sich mit viel Engagement auf den Weg gemacht, um aktiven Klimaschutz in der Breite umzusetzen. Der Klimaschutzplan ist verabschiedet. Darin soll es u.a. ein Fachinformationssystem zur Einschätzung der Folgen des Klimawandels geben. Die Kosten für die Anpassung an die Klimaerwärmung scheinen dabei egal zu sein, da sie nicht erhoben und ausgewiesen werden. Leider wird auch hier wieder kein Zusammenhang zu den aktuell stattfindenden Maßnahmen des Klimaschutzes hergestellt. Dieses „nicht wissen wollen“ wird auch durch die fehlende Antwort der Landwirtschaftskammer NRW auf die Anfrage der Verfasser zu den Schäden aufgrund extremer Wetterereignisse in der Landwirtschaft bestätigt.

Als positiver Aspekt ist allerdings zu sehen, dass die Landesregierung ein Konzept zum Umgang mit Starkregen vorlegen will. Sie handelt damit zu einer Entwicklung, die sich nicht mehr verhindern lässt. Gleichzeitig lernt sie nicht aus der Vergangenheit: Dass wir uns heute anpassen müssen, rührt daher, dass vor 30 / 40 Jahren kein konsequenter Klimaschutz betrieben worden ist. Seinerzeit ist den wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht gefolgt worden. Heute wissen wir mehr. Was wir nicht wissen, ist der Aufwand, den wir aufgrund der Klimaerwärmung bereits heute betreiben müssen. Da wäre eine Lerneinheit für verantwortliche Politiker: Wie sieht der aktuelle Zustand des Klimas aus? Sind unsere Klimaschutzziele dafür angemessen, oder müssen wir die Energiewende schneller vorantreiben? Heute wie damals sind die verantwortlichen Politiker nicht bereit, sich mit der Realität auseinander zu setzen.

Als wenn der KFA 2014 vom Deutschen Wetterdienst (DWD) gelesen worden wäre: Der DWD macht sich, gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft, mit einem neuen Verfahren auf den Weg,

Lokale Agenda 21 Wetter (Ruhr) e.V., www.agenda21-wetter.de, verein@agenda21-wetter.de

Dieter Röllke und Rolf Weber

In konstruktiver Zusammenarbeit mit der Stadt Wetter (Ruhr), dem Stadtbetrieb Wetter (Ruhr), Feuerwehr, DWD, ...

kleinteilige Starkregenereignisse besser nachvollziehbar zu ermitteln. Dies wird seitens der Verfasser ausdrücklich begrüßt. Also, wenn ein Mitarbeiter des DWD dies lesen sollte: super, vielen Dank. Auch die klare Aussage „Der Klimawandel ist real: Hitzeperioden und Wetterkapriolen nehmen zu. Bauliche und infrastrukturelle Veränderungen sind vielerorts notwendig, um Überflutungen in urbanen Räumen besser in den Griff zu bekommen und Schäden abzuwenden.“ wird von den Verfassern sehr begrüßt.

Auch über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) freuen sich die Verfasser. In der im Januar 2016 veröffentlichten Broschüre „Klimawandel – Herausforderung für den Bevölkerungsschutz“ werden Feuerwehr, THW und Hilfsdienste aufgefordert, ihre vorhandenen Daten über Einsätze zu Extremwetterereignissen vor Ort, aufzubereiten und als Statistik zur Verfügung zu stellen. Also genau das, was wir in Wetter seit 2013 bereits betreiben. Ob das BBK den KFA 2014 der Stadt Wetter gelesen hat?

Positiv auch die Entwicklung beim Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GdV). Seit 2012 werden die jährlichen Schadenaufwände durch Sturm, Hagel und Elementarereignisse in der Sachversicherung sowie Schäden durch Sturm, Hagel und Blitz in der Autokasko systematisch erfasst und veröffentlicht. Die Schadenhöhen zeigen eindeutig nach oben. Auch möchte der GDV die Bevölkerung in Bezug auf die Naturgefahren sensibilisieren. Dies geht so weit, dass dies je Haus erkennbar werden soll. Die Verfasser begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich. Leider ist uns noch keine Informationskampagne dazu bekannt geworden. Und auch der Zusammenhang zum eigenen Beitrag dieser Entwicklung durch Energieverbrauch mit CO₂-Produktion jedes Einzelnen wird nicht deutlich.

Was insgesamt noch fehlt, ist die Bereitstellung der statistischen Daten durch den DWD, die BBK und den GdV für die Politik mit der Aufforderung, die Klimaschutzziele aufgrund der vorliegenden Daten zu hinterfragen. Die Verfasser sind sicher, dass dies kommen wird und wollen dies mit diesem KFA weiter befördern.

Katastrophal hingegen die Entwicklungen beim Gesetzgeber. Der Zubau erneuerbarer Energien wird durch ständige Novellierungen des erneuerbaren Energien-Gesetzes (EEG) zurück gefahren, anstatt diese weiter zu befördern und damit die Klimaveränderung zu verlangsamen und die in diesem Bericht dargestellten Aufwände in den Folgejahren zu minimieren. Bei den Beratungen der gesetzlichen Grundlagen der Energiewende wird ständig über die Kosten der Umsetzung geredet, während weiterhin der aktuelle Ist-Zustand der Aufwände aufgrund extremer Wetterereignisse, die Aufwände für die Anpassung an die Klimaerwärmung sowie die Ursachen der Flüchtlingswelle ausgeblendet werden. Enttäuschend auch das Verhalten der für Wetter (Ruhr) zuständigen Parlamentarier, die aufgrund des Klimafolgen-Aufwand-Berichtes 2014 keinerlei parlamentarische Initiative gezeigt haben. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass der gesunde Menschenverstand bei der Umsetzung der Energiewende nicht angewendet wird: Umsetzung eines Projektes ohne Berücksichtigung des Ist-Zustandes, uns fehlen weiterhin die Worte für so ein stümperhaftes Vorgehen.

Am letztjährigen Fazit und der sich daraus ergebenden Konsequenz hat sich kaum etwas geändert:

Fazit: Politik und Wirtschaft argumentieren, dass die Energiewende nicht zu teuer werden darf. Dabei blenden sie die bereits real vorhandenen Aufwände aufgrund der Klimaerwärmung aus. Mit dieser einseitigen Sichtweise kommen die Politiker ihrer Verpflichtung, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, nicht nach.

Konsequenz: Wir in Wetter machen weiter: Wir stellen uns aktiv auf die Klimaerwärmung ein und machen die für uns zuständigen Parlamentarier auf die fehlende Ist-Aufnahme der Aufwände aufgrund der Klimaerwärmung aufmerksam. Damit verbunden sollte die Evaluierung der Klimaschutzziele der Bundesregierung sein. Sind diese Ziele noch angemessen? Oder müsste das Ziel nicht eher lauten: Wir stellen so schnell wie möglich auf 100% erneuerbare Energien um – egal zu welchen Kosten – denn alles andere ist heute bereits viel teurer.

4 Anregungen

4.1 Teilkonzept Klimaanpassung angehen

Bei der Stadt Wetter ist vorgesehen, ein integriertes Klimaschutzkonzept erstellen zu lassen, das aufbauend und ergänzend zu allen bisher fortgeschriebenen Klimaschutzkonzepten und erstellten Teilkonzepten (KSK, EEA) die Klimaschutzziele und Maßnahmen der Stadt Wetter (Ruhr) bündelt und weiterentwickelt. Dabei soll dieser Bericht als Baustein mit einfließen und damit zu einem Teilkonzept Klimaanpassung beitragen. Zur Umsetzung sollte dabei das vom Land geplante Konzept Starkregen mit eingebunden werden.

Über diese Maßnahme sollte mittel- bis langfristig ein Klima-Beauftragter der Stadt installiert werden. Dieser könnte in der Organisation der Verwaltung bereits während der Planungsprozesse, insbesondere bei Baumaßnahmen, entsprechende Hinweise zur Klimaverträglichkeit geben.

4.2 Mindest-Aufwände erheben und kommunizieren

Als Mindestaufwände aufgrund der Klimaerwärmung werden solche Aufwände verstanden, die extremen Wetterereignissen oder der Klimaanpassung direkt zugeordnet und mit einem vertretbaren Aufwand ermittelt werden können. Dazu zählen beispielsweise:

- Anzahl und personeller Aufwand aufgrund extremer Wetterereignisse bei Feuerwehr, THW DLRG, DRK, Luft- und Wasserrettung in Deutschland.
Hinweis: Das BKK hat hierzu mit seiner Broschüre „Klimawandel – Herausforderung für den Bevölkerungsschutz“ einen ersten Aufschlag gemacht.
- Die beiden bereits bestehenden Statistiken des GDV zu den jährlichen Schadenaufwänden durch Sturm, Hagel und Elementarereignisse in der Sachversicherung sowie die Schäden durch Sturm, Hagel und Blitz in der Autokasko unter der Überschrift „Aufwände Versicherungswirtschaft“ zusammen führen.
Diese Aufstellung sollte ergänzt werden durch folgende Risiken:
 - Lebensversicherung: Tod durch Blitzschlag
 - Krankenversicherung: Krankheit aufgrund neuer Krankheitsbilder die auf die Ausbreitung neuer Tierarten zurückzuführen ist; beispielsweise der Tsetsefliege mit Verbreitung der Schlafkrankheit.
- Die von Bund und Ländern bereitgestellten Katastrophenhilfen aufgrund extremer Wetterereignisse in Euro ermitteln und jährlich fortschreiben.
- Personeller + finanzieller Aufwand bei Bund, Ländern und Gemeinden für Klimaanpassungsmaßnahmen ermitteln und jährlich fortschreiben.
- Die Ursachen, warum Menschen aus ihrer Heimat fliehen, offiziell einschätzen und dem Fluchtgrund „extreme Wetterereignisse“ einen Anteil daran zuweisen.

Die vom DWD und GDV geplanten Statistiken zu kleinteiligen Starkregenereignissen als Unterstützung öffentlich zugänglich zur Verfügung stellen.

Diese Informationen sollen insbesondere dazu dienen

- ein Bewusstsein für die Höhe und die Entwicklung des Schadenspotentials durch extreme Wetterereignisse, des Aufwandes für die Klimaanpassungsmaßnahmen sowie die Klimamigration zu schaffen.
- die Entscheidungsgrundlage für die Parlamentarier erweitern. Insbesondere soll die benötigte Geschwindigkeit zur Umsetzung der Energiewende besser beurteilt werden können.